

Die Sache mit den Moslems



1400 Jahre Islam:

Eroberung, Unterwerfung, Raub, Versklavung, Frauenunterdrückung, Gewalt, Töten. Antithese zum Christentum. Geißel der zivilisierten Menschheit. Niedergang von Kultur, Wissenschaft, Geist, Logik, Verstand und Intellekt. Anschaulich beobachtbar in 57 bedauernswerten Ländern dieses Planeten. Oft kann man es nur noch mit Humor ertragen, wenn man permanent vom Islam belästigt wird. Ein Gedicht von PI-Leser Islam go home.

Wie all das damals begann,
heut man in Darfur schau'n kann
Was der Muselreiter woit,
holt'er sich von fremde Leut

Dinkel, Ochsen und Damaste,
was auf die Kamele passte
Und zum Dank für'n Ernteklau
schändet er des Bauern Frau

Selbst im modern Deutschelan
er davon nicht lassen kann
Gibst Du ihm dein Handy nicht,
hast sein Fuß Du im Gesicht!

Selbst im Winter bitterkalt

macht vorm Jackraub er nicht halt
Ungläub sind wir, Missgeschöpfe,
abzuschneiden uns die Köpfe!

In Algerien – Gotteskrieger
metzelten zig Tausend nieder!
Doch 20.000 dieser Krieger
spielen für Asyl hier bieder,
auch uns zu messern ihr Kalkül,
weil's Allah so haben wül!

Ein Ungläub'gen dahingerafft,
den Flug ins Paradies geschafft
Für die Marktwirtschaft zu blöde,
findet Arbeit er nur öde
Von uns die Dschizya presst,
sich's im Teepuff gutgehn lässt

Deutsche Fraun für ihn nur Huren,
nachzulesen in den Suren
Einzig für die Hochzeitsnacht
kommt 'ne Frische in Betracht

Und damit das auch verfängt,
der Beweis am Fenster hängt
Zur Heirat soll's die Base sein,
die Folge ist viel Frankenstein

In der Schule ein Versager,
bildungsfern, null auf Lager
Was zum Leben wichtig ist,
steht im Koran-Katechist
Und da der kommt von Allah,
ist er ja zeitlos wahr

Auf dem Schulhof das Gestichel:
Deutsche Schlampe, Judsau, Michel
Kein Format, kein Hirn, kein Charme,
für die Zukunft ist das arm

Schuld sind aber nur daran
die rassistisch Deutschen dann

Drum viel Gel ins Haar geschmiert,
weil's den Weibern imponiert
Falls das noch nicht betörend is,
hilft er nach mit viel Fitness

Was wir uns hier ham geschaffen,
ist für ihn das Werk von Affen
Republik und Menschenrechtler
reizen ihn zu Spottgelächter

Nur ein weltweit Kalifat
ist für ihn a gscheider Staat.
Obendrein verlangt er voll,
dass ALLES wie ER sein soll.

Schweinsfleisch man vom Plane streicht,
doch ihm das noch längst nicht reicht!
Christbaum weg aus dem Rathaus,
dem Martinszug droht der Garaus.
Klagt dreist weg die Mohrenstrasse,
demnächst auch die Judengasse.

Dasselb ist von der Frau bekannt,
vier von fünf gehn aufs Amt
Denn bei Moslems ist begehrt,
dass der Staat Hartz 4 gewährt
Davon dann die Allermeisten,
sich gleich einen Daimler leisten.

Wir sind für sie Ungemach;
sie nichtmal können unsre Sprach
Da nix gerlernt und zwangsvermählt
sie x-fach Mutterschaft nun wählt

Sind die Deutschen stets am Werkeln,
ist sie da, um abzuferkeln

Dieser Umstand hierzuland
wird Gebärdschihad genannt

Sich über'n Körper Schwarztuch zieht,
damit man nicht die Narben sieht,
denn steht ja in der vierten Suren:
„Schlagt die Weiber, die nicht spuren!“

Ganz Viele halten das nicht aus
und füllen dann das Frauenhaus
Die Kinder hören-ei-ei-ei-ei:
„Sprecht nicht mit Deutschen; die sind zu frei!“

Ein System halt, um zu taugen,
ihren Wirtsstaat auszusaugen.
Doch all dies folgt einem Plan
– islamischem Herrenwahn



Salafisten-Gipfeltreffen in Kreuzberg gescheitert



Die ursprünglich für Sonntag angekündigte „Benefizveranstaltung der Salafisten für Syrien in Berlin“, auf der sich die radikal-islamischen Prediger Abdulatif, Abu Dujana, Abu Abdullah, Abu Wallah und natürlich die hoch angesehenen und verehrten Islam-Werbe-Ikonen Abou Nagie und Pierre Vogel profilieren wollten, ist erst mal abgeblasen worden.

(Von Verena B., Bonn)

Wie der hessische Landtagsabgeordnete und integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Ismail Tipi, heute in Wiesbaden verlauten ließ, hatte sein Aufruf zur Verhinderung der Veranstaltung über die sozialen Netzwerke sowie über entsprechende Pressemitteilungen in den letzten Tagen den Druck auf den Vermieter der Räumlichkeiten des Vicom Festsaals in der Markgrafenstraße 67 in Berlin-Kreuzberg erhöht: Der Vermieter hat den Vertrag gekündigt. Nach gesicherten Informationen steht den Salafisten der ursprüngliche Veranstaltungsort somit nicht mehr zur Verfügung.

Ismail Tipi freut sich, [sagt aber auch](#):

„Es ist noch ein weiter Weg, um diese faulen Äpfel aus unserer Gesellschaft zu entfernen, aber wenn wir gemeinsam

gegen Extremismus und religiöse Hassprediger vorgehen, werden wir diese Extremisten in ihre Schranken weisen. Wir dürfen einfach nicht zulassen, dass sie die Freiheit unserer Gesellschaft ausnutzen und gleichzeitig unsere Gesellschaft und unsere Rechte missachten und für ihre Propagandazwecke missbrauchen.“

Die Demokratie in Deutschland kann also einen kleinen Erfolg gegen den Extremismus verbuchen. Zur Gegendemonstration hatte allerdings wieder einmal nur [Pro Deutschland aufgerufen](#), denn: „Die Ausbreitung des radikalen Islam bedeutet Bevormundung, Verelendung und brutale Diktatur. Deshalb hat diese Strömung in unserem Land nichts zu suchen“, so der stellvertretende Vorsitzende Lars Seidensticker.

Blockparteien, Grüne, Linke, Linksextremisten, Gewerkschaften und christliche Kirchen beobachten das brandgefährliche Geschehen in Richtung einer monokulturellen diktatorischen Weltordnung unter dem Deckmantel „Multikulturalismus“ offenbar mit nur leichten Magenschmerzen. Jedenfalls hatte sich keiner von ihnen zur Gegendemonstration mit den Demokraten angemeldet. Auch die „moderaten Muslime“ bleiben lieber „auf dem Teppich“. Da stellt sich die Frage, wie viele „faule Äpfel“ hier künftig noch entfernt werden müssen.

(Spürnase: [Peter](#))

Goldene Zwanziger



Diese Leuchtreklame im Berlin der 1920er-Jahre fiel einem unserer Leser [bei min 15:07 in der TV-Doku über das Hotel Adlon](#) auf, die am 6. Januar im ZDF lief. Nicht umsonst bezeichnet man die Goldenen Zwanziger als Blütezeit der deutschen Kunst, Kultur und Wissenschaft. Nicht auszudenken, eine solche Leuchtreklame würde heutzutage auf Berliner Dächern prangern – da sieht man [eher sowas.](#)

Der linke Selbsthass auf die eigene Identität



Egal, wie viele Millionen Tote sozialistische Menschheitsexperimente

hinterlassen, Linke entschuldigen das damit, dass die Grundidee „gut gemeint“ war. Die gut gemeinte Idee sei der Humanismus. Humanismus klingt vor allem human, also irgendwie menschenfreundlich.

(Von Jim Panse, PI-Münster)

Doch der Humanismus der Linken ist asymmetrisch. Er gilt nur für manche, für andere nicht. Darum produziert der linke Humanismus ständig Widersprüche:

Der Radikalenerlass der 1970er mit Berufsverboten für DKP-Mitglieder war schlecht. Aber dass NPD-Anhänger keine Schornsteinfeger und Fußballtrainer sein dürfen, ist gut.

Dass die Tibeter von Chinesen ethnisch überfremdet werden, ist schlecht. Aber wenn Deutsche überfremdet werden, ist das gut.

Wenn sich Bürger gegen geplante Großbauprojekte wehren, ist das gut. Aber wenn es dabei um Moscheebauten geht, ist es schlecht.

Wenn Thierse fordert, Schwaben sollen sich in Berlin kulturell anpassen, ist das gut. Aber wenn Sarrazin das von Türken fordert, ist das schlecht.

Das Klischee vom dummen, dicken, schießwütigen Ami = gut. Aber „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ = schlecht.

Pussy Riot = gut. Mohammed-Karikaturen = schlecht.

usw. usw. ...

Die Liste lässt sich endlos fortschreiben.

Bei all diesen Widersprüchen fällt auf: Sie benachteiligen immer das Eigene. Grundmotiv ist Hass auf die eigene Kultur, Tradition und Geschichte.

Genauer: Diese Autoaggressivität ist ein Merkmal der Linken in den nordeuropäischen Industrieländern. Linke in Lateinamerika

oder Südeuropa kennen diesen Anti-Patriotismus nicht.

Vor allem in Deutschland, England, Skandinavien und in den USA begegnet man dem Phänomen, also in den Ländern mit dem größten Wohlstand.

Der Selbsthass auf die eigene Identität ist ein degeneratives Symptom einer verwöhnten Generation, die den von Eltern und Großeltern erarbeiteten Wohlstand bereits vorgefunden hat und als Naturgesetz betrachtet.

Längst haben die Grünen die FDP als „Partei der Besserverdiener“ abgelöst. Das nicht-produzierende Gewerbe („Rechtsextremismusforscher“, „Rassismus-Experten“, etc.) ist der neue Adel.

Die „Arbeiterklasse“ dagegen (neudeutsch: die „Benachteiligten“), zu deren Emanzipation die Linken angeblich angetreten waren, ist seit 68 nur ein Mythos, zu dem der neue Akademiker-Adel keinen Kontakt hat.

Dabei ist die Schicht der produktiv Berufstätigen wirklich benachteiligt. Das ungünstigste Profil unserer Gesellschaft ist: weiß, männlich, heterosexuell, beschäftigt, einkommenssteuerpflichtig, erziehend.

Diese Gruppe leidet am meisten unter Masseneinwanderung, Strompreisen, Spritpreisen, Gender-Irrsinn, Inklusion und was linken Gesellschaftsklempnern noch alles an Daumenschrauben einfällt.

Europa verarmt materiell durch De-Industrialisierung, Regulierungswut und Sozialtransfers, verarmt geistig durch Niveau-Limbo in der Bildung und durch Massenzuzug bildungsferner Ausländer.

Die Institution, die sich die Linken erobert und ausgebaut haben, um die Nationen Europas aufzulösen, ist die EU. Die EU muss sterben, damit Europas Völker leben können!

(Foto oben: „Deutschland verrecke“-Parole im Herzen Berlins)

Linke machen gegen Asyl-Sparvorschlag mobil

B-174

Vorschlag B-174 von THOMASWEBER74, 09. Januar - 10:40

Keine kostspielige Unterbringung von Asylbewerbern in Hotels oder Pensionen

Die Stadt Köln soll künftig keine Asylbewerber mehr in Hotels oder Pensionen unterbringen und bestehende Einquartierungen dieser Form schnellstmöglich beenden. Denn in Zeiten knapper Kassen und Sparzwang auf allen Gebieten kann eine kostspielige Unterbringung von Asylbewerbern in Hotels und Pensionen keine wirkliche Alternative mehr sein. Für die ständig steigende Zahl von Asylbewerbern müssen stattdessen kostengünstige Unterbringungsmöglichkeiten, vorzugsweise in Sammelunterkünften in bereits vorhandenen Liegenschaften im öffentlichen Besitz, gefunden werden.

Der Sparvorschlag zur kostengünstigen Unterbringung von Asylbewerbern in Sammelunterkünften, wie z.B. ehemaligen Kasernen, statt in teuren Hotels und Pensionen ([PI berichtete](#)), sorgt im internetgestützten Bürgerhaushalt-Verfahren der Stadt Köln für Furore. Obwohl erst am Mittwoch als 174. Bürgervorschlag eingereicht, schaffte es der Vorschlag innerhalb weniger Stunden zur bestbewertetesten und meistdiskutierten Sparinitiative zu werden.

Doch nun machen diverse linke Gruppen und Internetseiten mobil, um die Abstimmung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zudem löscht die Moderation der Kölner Stadtverwaltung immer mehr kritische Kommentare zur städtischen Ausländer- und Asylpolitik.

Gleich eingangs [drohen die Meinungszensoren](#) sogar mit der kompletten Schließung der Diskussion:

Liebe Teilnehmende,

dieser Vorschlag wird hier ausführlich diskutiert. Leider ist es nicht zu übersehen, dass es vielen gar nicht um das sachliche Thema Haushaltseinsparung durch veränderte Unterbringung von Asylbewerbern geht, sondern dieser Bürgervorschlag und auch das Forum des Bürgerhaushaltes sachfremd und polemisch missbraucht werden. Um das zu verhindern, hätten wir den ganzen Diskussionsstrang schon gestern einfach schließen können. Aber dann hätten wir den ernsthaft Diskutierenden keine Möglichkeit mehr geben, Ihre Argumente auszutauschen.

Auch heute gehen die Kommentare weiter und der Anteil an Bemerkungen, die dieses Thema in eine bestimmte Ecke stellen wollen, nimmt zu. Dennoch werden wir diesen Strang – derzeit – nicht schließen. Jeder kann sich ein eigenes Bild über die laufende Diskussion machen. Die externe Moderation wird weiter auf die Einhaltung unserer Spielregeln achten und beispielsweise rassistische oder Kommentare, die bestimmte Personengruppen herabwürdigen, löschen.

Wer sich an Abstimmung und Diskussion beteiligen will, sollte sich deshalb vielleicht lieber beeilen und Screenshots vom aktuellen Stand nicht vergessen!

**Polizeigewerkschaft
kritisziert Justiz als zu
milde**



Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt (Foto), hat die zunehmende Gewalt gegen Polizisten beklagt. „Der Respekt gegenüber der Autorität des Staates hat insgesamt nachgelassen. Das ist auch eine Folge der antiautoritären Erziehung“, sagte Wendt der Jungen Freiheit. Davon seien nicht nur Polizisten betroffen, sondern auch Feuerwehrleute und Rettungskräfte.

Ein Problem sei, dass die Mehrheit der Richter in ihren Urteilen nicht das mögliche Strafmaß ausschöpfe. Oftmals fielen Urteile viel zu milde aus, kritisierte der Gewerkschaftschef.

Zugleich kritisierte er den mangelnden politischen Rückhalt für die Polizei. So gebe es in Berlin inzwischen pro Tag zehn Angriffe auf Polizisten. Dennoch werde die Berliner Polizei im Vergleich zu allen anderen Bundesländern am schlechtesten bezahlt und weiter Personal abgebaut.

Hinzu komme, dass sich Politiker an Gewaltaktionen gegen die Polizei beteiligten. So habe beispielsweise die Grünen-Chefin Claudia Roth bei einem Castor-Transport aktiv mitgeholfen, Nachschubwege der Polizei zu blockieren.

Das ganze Interview mit Rainer Wendt in der neuen JF-Ausgabe.



Drei PKK-Terroristinnen in Paris erschossen



In den Räumen des Kurdischen Informationsbüros mitten in Paris sind die Leichen dreier kurdischer Aktivistinnen entdeckt worden. Wie die Polizei am Donnerstag mitteilte, wurden die drei erschossenen Kurdinnen in der Nacht in dem Gebäude im zehnten Bezirk der französischen Hauptstadt gefunden. Sie wurden per Kopfschuß getötet. Nichts Genaues weiß man nicht!

(Foto: Die kurdische PKK-Aktivistin Sakine Cansiz gehört zu den drei Mordopfern, die in Paris erschossen wurden)

Video DF Berlin: Kundgebung Innere Sicherheit



Anfang Dezember

veranstaltete DIE FREIHEIT in Berlin eine Kundgebung zur prekären Lage bei der Inneren Sicherheit. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Marc Doll hielt vor dem Roten Rathaus eine Rede zum ausufernden Gewaltproblem in Deutschland. Er prangerte an, dass in den Medien und der etablierten Politik bei der Beurteilung von Verbrechen eine verlogene Doppelmoral herrsche: Bei deutschen Tätern würden Lichterketten von Flensburg bis Garmisch organisiert, bei ausländischen und moslemischen Tätern werde jämmerlich geschwiegen und weggesehen.

Doll, der früher im CDU-Kreisverband des jetzigen Berliner Innensenators Frank Henkel war, forderte von ihm die konsequente Umsetzung des staatlichen Gewaltmonopols. Die Sicherheitslage in Berlin sei momentan katastrophal. Hier das Video seiner Rede:

Gabriel litt auch unter seinem Nazi-Vater



Trittins Vater war bekanntlich bei der Waffen-SS ([siehe hier](#)), worunter der Sohn immer noch sehr leidet. Jetzt empfinden wir tiefes Mitleid mit SPD-Chef Gabriel, der mit 18 erfuhr, daß [sein Vater ein Nazi](#) war, woraufhin er den Kontakt bis zum Tod des Vaters 2012 fast total abbrach und seither schwer leiden mußte. Sein Vater sei Nazi geblieben. Wäre ich vielleicht auch bei so einem Sohn. Apropos, wen interessiert dieser Käse eigentlich? Demnächst kommen die Enkel und Urenkel zum Psychiater, weil die Uroma die Schwester von einem Blitzmädel war.

Der Vater von Münchens dunkelrotem Oberbürgermeister und Ministerpräsidenten-Kandidat Christian Ude soll auch Sympathisant der Nazis gewesen sein. Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 auf dem Münchner Königsplatz habe Karl Ude, der später übrigens SZ-Journalist wurde, nach diesem Bericht [als „Fest“ empfunden](#).

Eilmeldung: 7 Verletzte bei Explosion in Tel Aviv



Bei der Explosion eines Autos in der Nähe des israelischen Verteidigungsministeriums in Tel Aviv sind sieben Menschen verletzt worden. Das meldet der israelische Rundfunk. Vor anderthalb Monaten waren am Ende einer israelischen Militäroffensive im Gazastreifen bei einem Bombenanschlag auf einen Bus in Tel Aviv 29 Menschen verletzt worden. (Quelle: BILD)

Obamas Nullen-Finanzminister Jacob Lew

☒ Die Abbildung zeigt die Unterschrift von Obamas neuem Finanzminister. Die Kringel sollen Jacob Lew heißen. Dessen Unterschrift wird traditionsgemäß auch [auf neuen Dollarscheinen zu](#) sehen sein. Das paßt irgendwie: eine Null schreibt Nullen auf Geldscheine der mit über 16 Billionen Dollar verschuldeten USA! Neulich wollten sie [angeblich eine](#)

[1-Billionen-Münze](#) pressen und einzahlen, um die Schulden zu senken. Vielleicht auch was für unsere Null, den Schäuble?



Selfet Y. (44) vor Jugendgericht Hannover



Das

Jugendschöffengericht Hannover verhandelt unter dem Vorsitz von RinAG Dr. Brigitte Meier [seit gestern] über den Vorwurf der schweren räuberischen Erpressung, sowie der schweren gemeinschaftlichen räuberischen Erpressung. Der heute 44-jährige Angeklagte soll als 14-Jähriger am 28.7.1982 im Parkhaus an der Hamburger Allee einen Mann mit einem Messer bedroht und so 170 DM erlangt haben. Am gleichen Tatort soll der Angeklagte gemeinsam mit zwei Mittätern am 23.8.1982 einen Mann mit einem Messer bedroht und mit den Worten „Geld her“ zur Herausgabe von 300 DM gebracht haben.

Der Täter soll die späteren Opfer jeweils am Hauptbahnhof unter dem Vorwand sexueller Kontakte gegen Bezahlung kennengelernt haben. Einer der Mittäter war strafunmündig, der andere wurde zu 3 Wochen Jugendarrest verurteilt.

Nachdem die Staatsanwaltschaft Hannover am 18.11.1982 Anklage erhoben hatte, wurde der Angeklagte von seinen Eltern in die Türkei geschickt, wo er verblieb. Am 12.11.2012 rief die Ehefrau des Angeklagten bei der Staatsanwaltschaft Hannover an, um sich nach dem Stand des Verfahrens zu erkundigen. Sie teilte ihre Adresse mit, die Staatsanwaltschaft wendete sich umgehend an das Gericht, um das Verfahren fortzusetzen.

Da sich der Angeklagte durch Flucht dem Verfahren entzogen hat und zur Fahndung ausgeschrieben war, sind die Taten noch nicht verjährt. Gegen den Angeklagten ist das Jugendrecht anzuwenden, da er zur Tatzeit 14 Jahre alt war. Daher wird die Verhandlung nicht öffentlich sein. ([Pressemitteilung des Amtsgerichts Hannover](#). Der Prozeß läuft gerade.)

Rheinbahn will mehr Zuwanderer als Mitarbeiter



Die Düsseldorf

Rheinbahn, die den ÖPNV in Düsseldorf, Meerbusch und weiten Teilen des Kreises Mettmann betreibt, hat als erstes Unternehmen in Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung mit dem NRW-Integrationsministerium getroffen, mehr Mitarbeiter ohne deutschen Pass einzustellen.

[Die Welt](#) berichtet:

Der Verkehrsbetrieb hat sich offiziell zur interkulturellen Öffnung bekannt. Als erstes Unternehmen hat die Rheinbahn eine Partnervereinbarung mit dem NRW-Integrationsministerium unterzeichnet. „Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit haben in den letzten Jahren zugenommen“, sagte die Staatssekretärin für Integration, Zülfiye Kaykin, bei der offiziellen Unterzeichnung der Erklärung „Vielfalt verbindet. Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor“. Die Rheinbahn sei mit ihrem Engagement beispielhaft und trage zur Chancengleichheit und einem friedlichen Zusammenleben bei. Ziel der Vereinbarung, die bereits von sieben Kommunen und Verbänden eingegangen wurde, ist es, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in alle Arbeitsbereiche zu vermitteln. In einem Netzwerk sollen sich die teilnehmenden Partner austauschen. Zudem muss ein jährlicher Bericht über die Integrationsarbeit vorgelegt werden. Die Rheinbahn will unter anderem bei den Neueinstellungen mehr Migranten berücksichtigen. 2012 sei dies bereits der Fall gewesen. „Wir haben 200 neue Fahrer eingestellt, davon 15 bis 16 Prozent mit Migrationshintergrund“, so Arbeitsdirektor Klaus Klar.

Klar (auf dem Foto unten bei der Unterzeichnung der Partnervereinbarung mit der [umstritteten Staatssekretärin Zülfiye Kaykin](#)) betonte [weiter](#):

„Wir betrachten die Förderung von Teilhabe, Antirassismus, interkultureller Verständigung und partnerschaftlichem Verhalten im Arbeitsleben und auch darüber hinaus seit vielen Jahren als Selbstverständlichkeit und als eine dauerhafte

Verpflichtung, bei der wir nicht nachlassen werden. Unser bisheriges Resultat: Bei uns sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 33 Nationen beschäftigt; der Mitarbeiteranteil mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit liegt bei knapp 13 Prozent; und wir befördern pro Jahr mehr als 40 Millionen Fahrgäste ausländischer Herkunft.“



Uns ist nicht ganz klar, inwiefern es zur „Chancengleichheit“ beiträgt, wenn man als Deutscher in seinem eigenen Land einen Job aufgrund seiner Herkunft nicht bekommt. Hier sollte die Eignung und Fähigkeit des Bewerbers ausschlaggebend sein, sonst nichts. Würde eine Firma gezielt bevorzugt Deutsche einstellen, die bekannten Ausländerverbände würden sich vor „strukturellem Rassismus“-Geschrei nicht mehr einkriegen.

Wer sich das Programm der NRW-Landesregierung antun möchte, sollte [hier](#) klicken.

Kontakt:

Rheinbahn
Vorstand Klaus Klar
Hansaallee 1
40549 Düsseldorf
Telefon dienstl.: 0211/582-1903
klaus.klar@rheinbahn.de



Saudi-Arabien köpft junges Hausmädchen



Rizana Nafeek ist tot. Das Hausmädchen wurde in Saudi-Arabien geköpft, wie die Behörden am Mittwoch mitteilten. Sie wurde beschuldigt, im Jahr 2005 ein in ihrer Obhut befindliches Baby erstickt zu haben. Zur Tatzeit war sie erst 17. Vor allem aber gibt es den Verdacht, daß das Geständnis erpreßt war. Außerdem [verstand sie die Landessprache](#) nicht.